



Auch für die Grundstufenschüler sollen Fördergelder fließen. Foto: MZ/Archiv

„Eklatante Lücke in der Familienpolitik“

Schulausschuss berät Nachmittagsbetreuung

ABENSBERG (er). Mit Fragen der Nachmittagsbetreuung wird sich der Schulverband am Mittwoch zu befassen haben. Es geht dabei um Fördermittel für die Unterstufe, erfuhr die MZ im Vorfeld der Sitzung.

Adolf Hötzl, bei der Stadt auch zuständig für den Schulverband, sitzt derzeit auf Kohlen: Er wartet auf die Förderungszusage der Regierung. Das bisherige Förderprogramm sieht lediglich Subsidien für die Hauptschule vor. Die Stadt möchte dies nach einer bereits bestehenden Ausnahmeregelung auch auf die Grundschule ausgedehnt sehen, erzählt Hötzl.

Beantragt haben die Nachmittagsbetreuung acht Elternpaare von Hauptschülern und 17 von Grundschulern. Die Höhe der Kosten sei noch unklar, weil bislang nicht feststeht wie lange jeweils die Kinder betreut werden. „Jedenfalls pressiert's jetzt, weil die Schule in vier Wochen los geht!“ so Hötzl.

Deutliche Worte findet Bürgermeister Dr. Uwe Brandl: „Ich sehe hier eine eklatante Lücke in der Familienpolitik des Freistaats“, er-

klärt er auf Anfrage. „Man kann nicht die durchgehende Nachmittagsbetreuung propagieren und die Stufen eins bis vier aussparen!“

Zur Frage der Ausnahmeregelung erklärt der Bürgermeister, dass diese durchaus vorgesehen sei, „aber die zuständigen Sachbearbeiter bei der Regierung haben sich bisher einfach nicht getraut, sie auch anzuwenden“. Genau das aber will die Stadt jetzt geklärt wissen mit ihrem Antrag.

Liegt der Brief aus Landshut bis zur morgigen Sitzung nicht auf dem Tisch, wird es wohl zu einer „Vorratsentscheidung“ kommen, erklärt Brandl. Dies bedeutet im konkreten Fall: Das Gremium entscheidet sich entweder dafür, die Betreuung nur unter der Voraussetzung zu installieren, dass auch die Grundschule vom Staat gefördert wird, oder sie gibt der kosten trächtigen Alternative den Vorzug.

Unabhängig von staatlichen Hilfgeldern würde die Stadt dann auch den Grundschulern Betreuung anbieten. Brandl neigt der ersten Lösung zu, wie er sagt: „Der Staat soll sich hier rühren!“ – Die Sitzung beginnt um 16.30 Uhr im Rathaus.